

OSTERMARSCH MÜNCHEN 2005

UNSERE · VISION:
**ABRÜSTUNG, DEMOKRATIE
& SOZIALE GERECHTIGKEIT –
EIN ANDERES EUROPA IST MÖGLICH
AUFBRUCH ZU POLITISCHEN ALTERNATIVEN!**

www.muenchner-friedensbuendnis.de

Friedensbüro München
Tel./Fax: 089 - 27 15 917
e-Mail:

friedensbuero@muenchner-friedensbuendnis.de

Spendenkonto:

Friedensbüro e.V.
Kto: 41039-801
Postbank München
BLZ: 700 100 80
Stichwort: „OM 2005“

Karsamstag **26. März 2005**

10⁰⁰ Uhr: **ÖKUMENISCHER GOTTESDIENST**
St. Markuskirche, Gabelsbergerstraße 6

10⁴⁵ Uhr: **AUFTAKTKUNDGEBUNG**
am Platz der Opfer des Nationalsozialismus
Es spricht:
Martin Löwenberg, Landesvorstand VVN/BdA Bayern

11¹⁵ Uhr: **DEMONSTRATIONSZUG**
vom Platz der Opfer zum Marienplatz

12¹⁵ Uhr: **KUNDGEBUNG** auf dem Marienplatz
mit: **Heinrich Birner** Geschäftsführer ver.di Bezirk München
Arno Neuber Informationsstelle Militarisation Tübingen

Grußwort der Stadt: **Brigitte Wolf**, Stadträtin im Münchner Stadtrat

11¹⁵ – 13³⁰ Uhr **PROGRAMM** auf dem Marienplatz:

Willie-le-Truc, Weltmusik
INFOMARKT



Münchner Friedensbündnis und Friedensbüro e.V.

Trägerkreis: Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen – Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. – Friedensinitiative Christen in der Region München – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit – Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung – Münchner Friedensforum – Mütter gegen Atomkraft München e.V. – Munich American Peace Committee – Netzwerk Friedenssteuer Gruppe München – Öffentliche Aufforderung zum gewaltfreien Widerstand gegen Rüstung und Krieg – Pax Christi München – Truderinger Frauen für Frieden und Abrüstung – Schwabinger Friedensinitiative – Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Klaus Mähler, 1/2 Friedensbüro, Isabellastraße 6, 80798 München, Eigendruck im Selbstverlag, Gestaltung: Wob

UNSERE VISION:

Abrüstung, Demokratie & soziale Gerechtigkeit – ein anderes Europa ist möglich Aufbruch zu politischen Alternativen!



Wirtschaftliche Ungerechtigkeit und ökologischer Raubbau, Milliardensummen für Rüstung und Kriegsterror – das prägt auch im 60. Jahr nach der Verbrennungsherrschaft des Hitlerfaschismus unsere Welt.

Schlimmer noch:

Die weltweiten Herrschaftsansprüche wirtschaftlich führender Mächte, der USA, sowie in Europa und Asien werden damit gerechtfertigt, Frieden und Sicherheit erreichen zu wollen. Nein: Bedrohung und Demütigung der Bevölkerung werden vermehrt, Sozialraub gefördert und Widerstand erzeugt.

Immer mehr Menschen unseres Landes erkennen, worin Krieg und anderer Terror ihre Ursachen haben:

- Die neoliberale Wirtschaftsweise des Kapitalismus vertieft weltweit die Kluft zwischen Arm und Reich: Jeden Tag sterben ca. 100.000 Menschen an Hunger oder den unmittelbaren Folgen von Hunger, so der UN-Sonderberichterstattung für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler. Die Anzahl der Armen wächst auch in den reichen Ländern.
- Der Wohlstand der Reichen wird mit neoliberalen Zähnen und militärischen Klauen gegen die Armen dieser Welt verteidigt. In der EU-Verfassung soll der „freie“, militärisch abgesicherte Markt festgeschrieben werden.
- Gewinnmaximierung und Spekulationsinteressen sind zum einzigen Leitmotiv wirtschaftlichen Handelns geworden: sie untergraben die Sozialsysteme,

unterliegen keiner öffentlichen Kontrolle mehr. Solidarität und soziale Gerechtigkeit werden den Marktzwängen geopfert, als Schwäche diffamiert und als angeblich unbezahlbar.

- Am Gemeinwohl orientierte Politik wird durch den Ausverkauf öffentlicher lebensnotwendiger Güter und Ressourcen durch den Staat an „global player“ („Privatisierung“) zunehmend unmöglich. Sie wird sogar als schädlich für die Interessen der Wirtschaft deklariert.
- Öffentliche Gelder stehen für Rüstungsprogramme zur Verfügung; sie fehlen für soziale Belange und alternative Friedensprojekte. Hochwertigste Ressourcen werden vergeudet. Für Reparaturen marktwirtschaftlich verursachter Schäden müssen hohe Steuermittel aufgewendet werden. Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert.

Unsere Konsequenz daraus:

Wir setzen uns ein für gewaltfreie Lösungen bei Konflikten, für sozialen Ausgleich und Umweltschutz, für demokratische Kontrolle der herrschenden Machtsysteme, also: für grundlegend andere politische und gesellschaftliche Verhältnisse:

- Nur eine andere Politik kann den sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechten Geltung verschaffen. Deshalb: Schluss mit dem Totalausverkauf öffentlicher Güter für Wirtschaftsinteressen! Offenlegung politischer und wirtschaftlicher Verflechtungen!
- Sicherheit gibt es nicht durch weltweite Militäreinsätze, sondern nur durch menschenwürdige und gerechte Lebensumstände für alle. Deshalb: Schluss mit „internationalen Militärmissionen“ und mit der „Verteidigung unserer Interessen am Hindukusch“!
- Die UNO muss demokratisiert und gestärkt werden. – Das Faustrecht der Mächtigen, wie es z.B. im Irakkrieg praktiziert wurde, muss als Bruch internationalen Rechts gebrandmarkt werden!
- Als wichtigster und als erster Schritt zur friedlichen Lösung aktueller Konflikte muss jedwedes Besatzungsregime, im Irak, in Afghanistan, in Palästina, im Kosovo und an ande-

AUFBRUCH ZU POLITISCHEN ALTERNATIVEN

ren Orten dieser Welt beendet werden. Nur zivile Kooperation kann auch beispielsweise in Tschetschenien und im Sudan zur Beendigung der Konflikte führen.

- Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für alle den Frieden fördernde Maßnahmen und gegen militärische Mittel einzusetzen – zusammen mit den friedlichen Kräften der Zivilgesellschaft und der nationalen und internationalen Friedensbewegung.
- Friedensfördernde Maßnahmen, Friedensdienste, diplomatische und wirtschaftlich gerechte Beziehungen müssen vorrangig politisches Gewicht bekommen.

Wir treten ein:

- für Solidarität mit den Armen und Unterdrückten
- für bewusstes Handeln gegen Marktzwänge – und für eine friedliche Lebensqualität
- für entschiedenen Widerstand gegen Unrecht und Kriegsvorbereitungen

Dafür wollen wir

- Bündnisse schließen im Rahmen der lokalen, bundesweiten und weltweiten Sozialforumsbewegung
- bei Kirchen, Gewerkschaften und in der Öffentlichkeit dafür werben, eine Politik aktiv zu unterstützen, die eine andere Welt möglich macht.

Der 60. Jahrestag des Kriegsendes im Mai 2005 mahnt eindringlich zur politischen Kehrtwende

Deshalb setzen wir uns mit aller Kraft ein für ein Ende von Krieg und Besatzung

Wir fordern die Bundesregierung auf,

- keine Militäreinsätze durchzuführen und die Soldaten der Bundeswehr aus allen ausländischen Einsatzorten zurück zu ziehen,
- die eingesparten Gelder für die Sozialsysteme, für uneigennützigere Entwicklungshilfe und weltweite Katastrophenhilfe zur Verfügung zu stellen.

Das **Münchner Friedensbündnis** ruft auf zum Ostermarsch 2005 am Samstag, den 26.03.2005:

Demonstrieren wir zusammen für ein friedliches Europa und eine humane, soziale Weltordnung!

Den Aufruf zum Ostermarsch München 2005 haben unterzeichnet:

Unterstützer: Georg Addison; Peter und Inge Ammon; attac München; Vera Bade, Journalistin; Christoph Boekel; Klaus-Dieter Bornemann, Betriebsrat, IG Metall-VK-Leiter; Bündnis München gegen Krieg; Bürger gegen Atomreaktor Garching e.V.; Dr.-Ing. Adolf Caesperlein; Club-Voltaire München; Sophia Deeg, Autorin; Deutsche Kommunistische Partei (DKP) München; Anne Eckart; Dr. Rolf Eckart; Horst Esser, autofrei Leben!; Humanpower Vehicles; Petra Finsterle; Dr. Wolfgang Fischer, Initiative Emanzipation ad Humanum; Freidenkerverband München e.V.; Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) München; Gina Gillig, Vorstand Bürger gegen Atomreaktor Garching; Joachim Peter Graf, Geschäftsführer GEW Stadtverband; Florian Gränzer; Renate Hofmann, Betriebsrätin, Siemens München-Hofmannstraße; Humanistisches Zentrum der Kulturen e.V.; Franz Iberl; Paul Kleiser, Lektor; Andrea Köcher; Sigrid Lenz; Martin Löwenberg, Landesvorstand WN-BdA; Jutta Koller, Stadträtin B90/Grüne; Wolfgang Meissner, Rechtsanwalt; Emmi Menzel, BIFA; Helmut Menzel, Seniorenbeirat; Bernd Michl, attac München; Reinhard Moritz-Schwän, Rechtsanwalt; Renate Müller, WN-BdA, FI Christen in der Region München; Karin Nebauer; Elfi Padovan; Luise Rauschmayer; Joke Reschenberg; Thomas Rödl, Sprecher DFG-VK Bayern; Viola Schelbert; Gerlinde Schmidt; Marlene Schöler; Conrad Schuhler, Vorsitzender des isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung, München; Hildegard Schwarzkopf, attac, Friedensbündnis, ver.di; Dr. Erhard Seiler; Monika Anna Seliger, Vorstand Fachkommission Verdi der LH München; Hans-Ulrich Stark, musicians for peace; Hubert Thiermeyer, ver.di Fachbereichsleiter; Ursula Uhrig, Truderinger Frauen für Frieden und Abrüstung; Mechthild v. Walter, Stadträtin ÖDP; Rosemarie Wechsler; Frank Winkler, Dipl. Wirtsch. Ing (FH), Öffentliche Aufforderung zum gewaltfreien Widerstand gegen Rüstung und Krieg;

sowie der **Trägerkreis Münchner Friedensbündnis:** ● Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG/VK) ● Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. (IFF) ● Friedensinitiative Christen in der Region München ● Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFF) ● Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung (BIFA) ● Münchner Friedensforum (MFF) ● Mütter gegen Atomkraft München e.V. ● Munich American Peace Committee (MAPC) ● Netzwerk Friedenssteuer Gruppe München ● Öffentliche Aufforderung zum gewaltfreien Widerstand gegen Rüstung und Krieg ● Pax Christi München ● Schwabinger Friedensinitiative (Schwafi) ● Truderinger Frauen für Frieden und Abrüstung ● Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VN/BdA)

OSTERMARSCH MÜNCHEN 26. MÄRZ 2005

Der Skandal der EU-Verfassung

Die EU-Verfassung ist eine Verfassung der Militärs. Die bisherige Militarisierung der EU wird verschärft durch:

- Aufrüstungsverpflichtung (Art. I-41: „Die EU-Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“),
- Verfassungsrang für ein Rüstungsamt („Verteidigungsagentur“),
- Selbstmandatierung des EU-Ministerrates zur weltweiten Kriegseinsätzen – auch ohne UN-Mandat,
- eine militärische Beistandsverpflichtung, die strenger als die der NATO ist.

Die EU-Verfassung ist eine Verfassung der großen Konzerne.

Neoliberalismus wird zur Staatszielbestimmung (Verpflichtung der EU-Mitgliedstaaten auf eine Wirtschaftspolitik der „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“). Unbeschränkte Kapitalmobilität und Freihandel werden als Leitlinien globaler Wirtschaftspolitik festgeschrieben. Die Tür in Richtung Liberalisierung und Privatisierung Öffentlicher Dienste im Bereich Bildung, Soziales und Gesundheit wird weiter geöffnet. Die Europäische Zentralbank wird auf die Interessen der großen Vermö-

gensbesitzer (Vorrang Preisstabilität) eingeschworen und faktisch außerhalb demokratischer Einflussnahme gestellt.

Die EU-Verfassung spaltet und hierarchisiert den Kontinent.

Die Stimmgewichte werden zugunsten der großen Nationalstaaten und zu Lasten der kleinen und mittleren verschoben. An der Spitze soll ein militärisches Kerneuropa („Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“) etabliert werden. Weitere Einzelheiten gehen aus der Europäischen Sicherheitsstrategie vor, die Ende 2003 beschlossen wurde, dazu kommt das „European Defence Paper“ und das „Headlinegoal 2010“, (beides 2004), darin gibt es exakte Meilensteine für die Erreichung dieser globalen Kriegsfähigkeit bis 2010.

In ihrer Konsequenz ist diese EU-Verfassung ein antieuropäisches Projekt, denn sie führt nicht zur friedlichen, gleichberechtigten Integration des Kontinents, sondern zur Hierarchisierung, neuen sozialen Spaltungslinien und militärischem Abenteuerum.

Die militärische Supermacht EU ist das Ziel.

(Diese Notizen greifen zurück auf einen ausführlicheren Beitrag von Gerald Oberansmayr zur Friedenskonferenz München am 11.02.05, siehe www.muenchner-friedensbuendnis.de)

München: 19. März 2005, 13⁰⁰ Uhr Kundgebung am Marienplatz

Auf dem Europäischen Sozialforum in London 2004 haben die sozialen Bewegungen zu europaweiten Protesten anlässlich des EU-Gipfels und zu einer zentralen Demonstration am 19. März in Brüssel aufgerufen. Ebenso haben die sozialen Bewegungen auf dem fünften Weltsozialforum in Porto Alegre dazu aufgerufen, den 19. März zum internationalen Aktionstag zu

machen – gegen den Krieg und für den Abzug der Besatzungstruppen aus dem Irak. Ziel des EU-Gipfeltreffens in Brüssel ist, die EU zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Gleichzeitig wird die Militarisierung der EU – die Aufstellung schneller Eingreiftruppen für weltweite Militärinterventionen – vorangetrieben: Aufrüstung als Verfassungsgebot.

EINLADUNG ZUM ERSTEN



vom 21. bis 24. Juli in Erfurt
www.sozialorum2005.de

Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur

In Deutschland werden unter dem Begriff „Reformen“ profitorientierte Interessen mit Maßnahmen durchgesetzt, die zu Lasten der Bevölkerung gehen.

Die neoliberale Globalisierung führt heute auch in den reichen Ländern zu Entwicklungen, unter denen die Menschen in der südlichen Erdhälfte schon seit Jahren – allerdings weitaus schlimmer – zu leiden haben.

Immer weniger Menschen fühlen sich in ihren Anliegen vertreten. Wir müssen uns selber auf den Weg machen. Wir brauchen dafür ein zivilgesellschaftliches Forum, um uns über verschiedene soziale Milieus hinweg auszutauschen. Dort wollen wir Formen des Widerstands entwickeln und Widersprüche im Streben nach gemeinsamen Handlungsmöglichkeiten und der Entwicklung von Alternativen überwinden.

Wir laden alle ein, die sich auf die Suche nach einer gerechten, friedlichen und ökologischen Gesellschaft machen wollen, sich am **Ersten Sozialforum in Deutschland vom 21. bis 24. Juli 2005** in Erfurt mit ihren eigenen Vorschlägen und Vorstellungen zu beteiligen und am Vorbereitungsprozess mitzuwirken.

Das Sozialforum in Deutschland ist Teil des Weltsozialforums und arbeitet auf der Grundlage der Charta von Porto Alegre.

Kontakt in München: www.m-sf.de
(auch über das Friedensbüro)